

Die Verhandlungen von
Madrid und Washington –
was kommt danach?

„Wir sind alle gefangen im Käfig des Friedens“

Nach fünf Kriegen und
40 Jahren der
gegenseitigen
Verneinung beginnen sich
die Fronten zwischen
Israelis und Palästinensern
zu lockern –
im Gletschertempo

Von Josef Joffe

In einer anderen Welt, auf einem anderen Planeten müßten die zwei sich gut verstehen. Gewandte, witzige Redner sind sie beide; das griffige Gleichnis, die glatte Formel rollt ihnen schnell über die Lippen. Nur sitzt der eine im Restaurant der Knesset, der andere in seinem Besen-kammer-Büro in der ungeheizten Islami-schen Universität von Gaza. Der eine nennt sich Eljakim Ha'etzni, geboren als Georg Baumbach in Kiel, und der andere heißt Machmud al-Sahar, mit einem Dr. med.-Diplom aus Kairo. Ha'etzni vertritt die ultrarechte Tehia-Partei im israeli-schen Parlament, Sahar die Hamas, die illegale „Islamische Widerstandsbeweg-ung“. Und Frieden wird es weder mit dem einen noch dem anderen geben.

Ha'etzni antwortet mit einem glucksen- den Lachen, dann mit dem jiddischen Einsprengsel „Gur nischt“ auf die Frage, was der Friedensprozeß bringen könnte. Schlimmer als „gur nischt“ – Krieg werde dabei herauskommen, fährt er auf Deutsch fort. „Hamas und all die anderen wollen den Frieden vereiteln, also bringen sie Juden um.“ Das heißt: „Je mehr Ver- ständigung, desto mehr Terror.“ Er sieht

eine „Mordwelle“ kommen, aber „wir wer- den nicht warten, bis man uns abknallt.“ Da die Araber nicht nur Hebron, sondern auch Haifa wollen, seien Siedler („in ein paar Jahren werden es 250 000, vielleicht 800 000 sein“) die beste Vorwärts-Vertei- digung. So arbeite die Zeit für Israel – weshalb die Palästinenser ihre Intifada, ihre vier Jahre alte Revolte, nach Jordani- en verlegen mögen, wo sie die Mehrheit stellen.

Sein Bruder im Geiste, der Doktor Sa- har, sieht die Zeit ebenfalls an seiner Seite marschieren. Die Macht Israels ist nicht ewig,“ doziert der bärtige Fundamentalist in der Lederjacke, und so müsse, werde der Staat Israel verschwinden. Wie das? „Nun, die Sowjetunion ist zusammenge- brochen, und Amerika – von AIDS und Drogen zerfressen – wird ihr in den Ab- grund folgen.“ Das Problem der Regional- Supermacht Israel werde sich sozusagen auf göttlichem Wege erledigen. Überdies: „Auch Mohammed war anfänglich schwach und alleine, aber in 24 Jahren hat er ein arabisches Imperium errichtet. Zeit ist unsere Medizin, und deshalb müs- sen wir abwarten.“ Und bis die Prophezei-

ung sich erfüllt – in den Friedensprozeß einsteigen? Da lacht Sahar so fröhlich wie Ha'etzni. „Nur die Fatah (die Mehrheits-Fraktion in der PLO) glaubt daran, und deshalb liegt die PLO falsch. Die verhält sich so, als ob ihr jemand 100 Dollar schuldet, aber nur zehn zurückzahlen will, weil er sich als der Stärkere wähnt. Die PLO will sich sogar mit zehn Cents zufriedengeben.“

Allah (oder Adonai – hebräisch: „unser Herr“) hat ein Zeichen gegeben – wie üblich etwas zweideutig. So viel Regen wie im Dezember ist im dürregeplagten Heiligen Land seit 40 Jahren nicht mehr gefallen – als Vorbote der nächsten Sintflut oder als Fingerzeig göttlichen Wohlgefallens auf dem Weg zum Frieden? Ein paar Ecken und viele Wasserlachen weiter widerspricht der PLO-Mann und Hamas-Rivale Salah Abdel Shafi dem frommen Mediziner. (Sein Vater Haider führt die palästinensische Verhandlungsgruppe.) „Die Entscheidung, in Madrid und Washington dabeizusein, war richtig.“ Nicht *sub specie aeternitatis* gelte es zu handeln, sondern hier und heute. Das Ziel bleibe zwar ein palästinensischer Staat. Aber inzwischen müßten die Ausgangssperren, die wirtschaftlichen Behinderungen weg – Exporte und Arbeitsplätze müssen her. „Wir wissen, daß die Zeit gegen uns arbeitet, wir haben nichts mehr zu verlieren.“

Überhaupt reden alle nicht vom Wetter, sondern von der Zeit – sei es als Feind oder Verbündeten, als Gleit- oder Allheilmittel. Was in diesem feuchtkalten Winter, wo auf die Euphorie von Madrid das Mißvergnügen von Washington folgte, eine gemischt-frohe Botschaft ausbuchstabiert. Auf die Zeit zu setzen, war schon immer die beliebteste Form der Politik – genauer: der Nicht-Politik – in Nahost. Für die Israelis galt: Die Araber wollen uns ins Meer werfen, aber bislang haben wir noch jeden Krieg gewonnen. So habe denn die Zeit, in den Worten von Verteidigungsminister Mosche Arens, langsam, aber zuverlässig für Israel gearbeitet: „1948 wollten uns die Araber vernichten, 30 Jahre später aber haben die Ägypter Frieden mit uns gemacht, und heute – 13 Jahre danach – reden sogar die Syrer mit uns.“ Inzwischen, meint Schamirs Sprecher Ehud Goel, habe „Bruder Zeit“ sogar noch zugelegt: „Jeden Tag wachen die Palästinenser auf und sehen eine neue Siedlung, eine neue Landstraße.“ Hinzu komme die russische Einwanderung, welche die arabische „Geburten-Waffe“ stumpf machen werde. Fazit: Es wird gut sein.

Die Palästinenser haben der Vorsehung nicht minder vertraut. Im Krieg 1948/49 gedachten sie mit den siegreichen arabischen Armeen nach Jaffa, Ramle und Haifa zurückzukehren. Dann haben sie auf Nassers Pan-Arabismus gesetzt. Danach kam die Rettung in Gestalt der PLO, der „Weltmeinung“, der UN, der Sowjetunion und schließlich in der Person des Saddam Hussein und seiner Scud-Rake-

ten daher. Doch hat sich noch jeder Erlöser als falscher Messias entpuppt, sind inzwischen 142 Siedlungen und an die 110 000 Israeli am Westufer und im Gaza-Streifen präsent.

Hat sich dann – bis auf die Probe-Sintflut, die zumindest dem um vier Meter abgesunkenen See Genezareth wieder eine Zukunft verheißt – nichts geändert? Doch – zum Beispiel für Mahdi Abdul-Hadi, der die *Passia*, ein außenpolitisches Studienzentrum, in Ost-Jerusalem leitet. Derweil er mit seiner nagelneuen, aber noch unwilligen Telephonanlage spielt, präsentiert er dem Besucher das Bild einer Welt, die nicht jetztzeitliche Erlösung, sondern den dauernden „Belagerungszustand“ verspricht. Die PLO, erst aus Jordanien, dann aus dem Libanon in das ferne Tunis vertrieben, habe ihre militärische Option verloren; das sei Punkt Nummer eins. Die Geldströme aus dem Golf – aus Riad und Kuwait – sind „ausgetrocknet“; Saddam-Freund Arafat ist heute im Golf persona non grata. Überhaupt hätten sich die Araber von der PLO abgewandt, und auch die EG suche heute unter den Palästinensern nach „neuen Optionen“. Osteuropa? *Perdu!* Dort werde die PLO mit dem verhaßten *ancien régime* identifiziert. Die Sowjetunion? Abdul-Hadi nimmt die Hand von den Telephon-Knöpfen und weist auf ein Plakat an der Wand. Es zeigt das Brandenburger Tor, die Berliner Mauer, davor eine Menschenmenge und die Jahreszahl 1989. „An diese Mauer können wir uns auch nicht mehr anlehnen.“ Fazit: „Wir ersticken. Schauen Sie mich an. Ich habe keine Zukunft, kein Geld und keine Arbeit.“

Das muß er metaphorisch gemeint haben. Wortgewandte Akademiker wie er (ein Jahr in Harvard hat er auch schon hinter sich) sind heute so gefragt wie einst der jetschende Revolutionär Arafat. Dank der Friedrich-Ebert-Stiftung erfreut sich die *Passia* schicker Büros und der feinsten Hardware; Abdul-Hadi ist auf dem Sprung zur Vortragsreise nach Europa und Amerika. Und daß er keine Zukunft hat, glaubt er auch nicht – im Gegenteil. Die Palästinenser würden Israel im Zuge des „Madrid-Dialoges“ zur „Räson bringen“ – mit Hilfe der Friedensbewegung, der Arbeitspartei, der Medien. Schließlich werde auch der Durchschnitts-Israeli begreifen, daß für ihn Frieden gleich Wohlstand bedeute. „Und Geld – zwei Mercedes vor der Tür – das ist die Sprache, die die Juden am besten verstehen.“

„Der Golf-Krieg und die Scud-Raketen haben uns gezeigt, wie verwundbar wir in Wahrheit sind“

„Die Juden“, die Abdul-Hadi so gut zu kennen glaubt, denken derweil nicht ans Zweit-Auto. „Wer unsere Aufrichtigkeit, unsere Eile bezweifelt, der möge unsere Militärfriedhöfe besuchen,“ ereifert sich Verteidigungsminister Arens ein paar Ki-

lometer weiter im Knesset-Restaurant. Nur: „Auf dem Programm steht nicht unser Selbstmord. Dokumente mit den Arabern zu unterschreiben ist wichtig, aber das alleine wird noch keinen echten Frieden schaffen.“ Schriftsteller und Friedensaktivist Joram Kaniuk (Adam Hundesohn) ist sich nicht einmal sicher, ob die weltpolitischen Wandlungen, die sich laut Abdul-Hadi zum „Belagerungszustand“ für die Palästinenser verdichtet hätten, für Israel zu Buche schlagen.

„Der Golf-Krieg und die Scud-Raketen haben uns gezeigt, wie verwundbar wir in Wahrheit sind; 100 000 Menschen sind damals aus Tel Aviv geflüchtet.“ Ob sich die Palästinenser – ernüchtert – eines Besseren besonnen hätten? Der „Frieden Jetzt“-Anhänger antwortet mit einer Anekdote: „Wir hatten uns neulich mit Faisals Leuten zu einem Treffen verabredet (Faisal Husseini ist ein prominenter Palästinenser-Führer aus Jerusalem). Die tauchten aber nicht auf, und am nächsten Tag lasen wir eine böse Attacke gegen uns in *Al Fajr* (der Jerusalemer Zeitung „Morgenröte“, die als Sprachrohr der PLO gilt). Also kein Wandel? „Das weiß man eben nie. Wer hat Faisal gewählt, für wen spricht er, woran glaubt er? Auf jeden Fall weiß Faisal selber, daß 6000 Quadratkilometer (das Westufer, d. Red.) keinen lebensfähigen Staat abgeben, und wer kämpft schon so lange, um sich mit einem Luxemburg zufriedenzugeben?“

Vorläufig aber kämpfen die Palästinenser nicht mehr, denn auch sie haben hier und heute andere Sorgen; die Intifada ist auf Eis. In Beit-El (Haus Gottes), nicht weit von Ramallah, verbirgt sich auf einer strategischen Anhöhe hinter Panzerfallen und schweren Mauern die „Zivilverwaltung für Judäa und Samaria“. Der Chef, ein junger Brigadegeneral namens Gadi Zohar verweist auf die relative Ruhe, die neuerdings in den Gebieten herrsche. „Die Demos und die Steine sind viel weniger geworden; auch die Schulkinder, die frü-

her an vorderster Front standen, sind größtenteils verschwunden. Vor einem Jahr noch wäre eine Patrouillenfahrt durch eine Stadt eine militärische Operation gewesen; heute fahren wir mit zwei Jeeps – rein und wieder raus, aus.“ Was ist passiert?

Der „Wendepunkt“ sei der Golf-Krieg gewesen, als die Palästinenser jeden Scud-Einschlag bejubelten, die entscheidende Waffe die Ausgangssperre. „Damals haben wir wochenlang ein Rundum-die-Uhr-Ausgangsverbot verhängt. Die Wirkung war verheerend: keine Arbeit, kein Einkommen, keine Schule für die Kinder. Doch in den letzten sechs Monaten konnten wir die Sperren praktisch auf Null senken – bis auf Ramallah, wo gerade ein Israeli ermordet worden ist.“

Ramallah, ein paar Kilometer von Beit-El, sieht aus, wie sich der Laie die Folge einer „Neutronen-Bombe“ vorstellt. Totenstille herrscht in den Straßen und

Gassen, allenfalls eine Katze huscht von Mülltonne zu Mülltonne. Türen und Fenster sind mit Eisenplatten verrammelt, nicht einmal geparkte Autos sind zu sehen. Aber auch keine Patrouillen. Es ist offensichtlich schwerer geworden, die Bevölkerung zu mobilisieren. „Die Leute haben die Nase voll,“ berichtet Zohars Kollege, Brigade-General Fredy Zach. „Die Eltern wollen ihre Kinder wieder in der Schule haben. Also haben sie uns versprochen, die Verantwortung für sie zu übernehmen.“

Tatsächlich ist der Kinderkrieg abgeflaut, sind im September alle Schulen (1200) auf einmal geöffnet worden, derweil im Vorjahr täglich bis zu 50 „Zentren der Gewalt“ geschlossen waren. Zohar nennt einen weiteren Grund für die Beruhigung: „Unsere Soldaten haben gelernt, daß tödliche Gewalt keine Probleme löst, daß Exzesse sofort vor die Militärjustiz kommen. Selbst Oberste haben mit ihrer Karriere bezahlen müssen.“ Inzwischen werden mehr Araber von Arabern als von Israelis getötet; 1991 stand das Verhältnis 158 zu 91. Ist die Intifada also Vergangenheit?

„Nein,“ sagt Zohar, „aber es ist uns gelungen, der Bevölkerung den Preis bewußt zu machen.“ Und der messe sich nicht nur an verlorenen Arbeits- oder Schultagen, sondern auch an den „gesellschaftlichen Kosten“. Die erläutert sein Kollege Zach so: „Während der Intifada wurde Gewalt zum *way of life*. Erst werden Israelis umgebracht, dann die eigenen Leute.“ Dagegen habe nun eine Reaktion eingesetzt, überhaupt neige sich die Waage der Macht in den Gebieten wieder zugunsten der „traditionellen Strukturen“. Die Mütter seien wieder ins Haus zurückgekehrt, die Kinder in die Schule, und die Altvorderen hätten wieder das Sagen.

Zweckpropaganda? Etwas muß an der Sache dran sein; zumindest reden die Namen der Post-Intifada-Phase eine bededte Sprache. Derweil die PLO per Fax die Geschicke der Palästinenser in den Gebieten zu dirigieren sucht, derweil Jassir Arafat in der palästinensischen Presse als „Fünf-Sterne-Revolutionär“ attackiert wird, stehen im politischen Rampenlicht Männer, die Hussein, Nusseibeh oder Shafi heißen, Notabeln also oder Sprößlinge der alten, einflußreichen Familien. „Das ist die gleiche Führung wie 1948 und 1936 (während der „Großen Arabischen Revolte“), notiert Schlomo Avineri, der an der Hebräischen Universität Politik lehrt. Vertraut er ihnen mehr als den Arafats? Gewiß, aber er traut ihnen nicht zu, an der Macht zu bleiben. „Einen Tag nach der Unabhängigkeit würden die Schläger das Regiment übernehmen,“ mutmaßt der Sozialdemokrat, der von Schamir („der spielt nur auf Zeit“) auch keine Großtaten erwartet. „Unsere Extremisten konnten 1948/49 nicht die Macht ergreifen, weil wir längst demokratische Institutionen – eine *civil society* – aufgebaut hatten. Die gibt es allenfalls ansatzweise in Nahost.

Ich kann mir keine freien Wahlen mit Hamas und dem Islamischen Jihad vorstellen. Deshalb setzen wir auf Jordanien. Dort herrscht ein aufgeklärter Depotismus, es gibt eine Bürokratie, ein Bürgertum – und vor allem eine Armee, die die Mordbuben in Schach hält. Mit denen werden die Husseinis nicht fertig.“

Da ist sie wieder – die „jordanische Option“, die Uralt-Idee der Arbeitspartei, die heute – heillos zerstritten und überaltert – in der Opposition ist und von den Meinungsfragen kaum Chancen eingeräumt bekommt. Einer ihrer alten Kämpen ist Mordechai („Motta“) Gur, Stabschef nach dem Jom-Kippur-Krieg, der griesgrämig im Knesseth-Restaurant im Tee rührt, derweil er die Unterschiede zwischen Arbeitspartei und Likud erklärt. „Wir wollen lieber einen kleineren Staat ohne die Palästinenser als einen größeren mit ihnen. Dann wären 40 Prozent der Abgeordneten Araber. Aber was für ein jüdischer Staat wäre das?“

Er kann sich sogar die Haschemiten-Flagge in Jerusalem vorstellen, solange klar bliebe, daß Israel die Souveränität behalte. Aber Hussein hat doch 1988 das Westufer abgeschrieben? „Nein, die Gebiete hat er de facto wieder an sich genommen.“ Tatsächlich werden Beamten-Pensionen und die Gehälter der Geistlichkeit nach wie vor von Amman überwiesen, und andere Beobachter verweisen neuerdings auf den regen Verkehr zwischen dem Königspalast und der Westbank. „Auf jeden Fall,“ so Gur, „hat sich inzwischen auch Schamir mit der jordanischen Option angefreundet.“ Das Ziel müsse lauten: „territorialer Kompromiß“, bei dem Israel aus Sicherheitsgründen Kontrolle über das Jordan-Tal und den Golan behalten müsse. Und die Palästinenser? „Die haben eine Katastrophe nach der anderen erlebt; sie sind erwachsen geworden und verhalten sich nicht mehr wie Kinder, die alles sofort haben wollen.“

Khaled Abdel Shafi, der das Büro des *Arab Thought Forum* in Gaza leitet, scheint ihm recht zu geben. Er hat wie sein Bruder Salah an der Ostberliner Hochschule für Ökonomie studiert und ist mit einer Deutschen verheiratet; sein Vater Haider ist Chefunterhändler der Palästinenser. „Es wird weder ein Autonomie à la Schamir noch einen Staat à la PLO geben, sondern eine Konföderation. Und diese Lösung wird *Made in U.S.A.* sein, denn Washington braucht nach dem Golf-Krieg Stabilität im Nahen Osten.“ Ist die neue Flexibilität bloß eine Taktik, geboren aus schierer Bedrängnis und dem Wunsch, den Amerikanern zu gefallen? Er stochert mit seiner Marlboro im Aschenbecher und antwortet: „Die Palästinenser brauchen den Frieden mehr als alle anderen. Wir haben noch nie eine friedliche Minute gehabt, und heute haben wir keine Perspektive, es sei denn, wir nehmen die Dinge selber in die Hand.“ Wie er die Israelis überzeugen will? „Das wird nicht schnell gehen – aber sie werden

uns auch nicht so schnell überzeugen können.“

Jitzchak Schamir aber, Chef einer präkären Koalition, sagt lapidar: „Wir wollen das Land behalten. Unser Land ist so klein, so winzig, daß man davon nichts wegnehmen kann“ (siehe SZ-Interview, 14./15. Dezember). Er will jetzt, gemäß dem Camp-David-Abkommen, nur über die Autonomie reden, „damit die Palästinenser, die in unserem Land leben, mehr Zufriedenheit und Würde verspüren.“ Der Jerusalemer Stadtrat Mosche Amirav, einst Hoffnungsträger des Likud, der inzwischen von Linken, der Bürgerrechtspartei Shinui übergeschwenkt ist, glaubt indes, daß sich hinter dem beinaherten Schamir ein Politiker verstecke, der noch nicht alle Karten auf den Tisch gelegt hat.

„In Madrid“, so Amirav, „hat Schamir gesagt: Laßt uns das Land ans Ende der Agenda setzen. Wenn erst die Realitäten sich ändern, werden sich auch die Positionen ändern. Aber heute? Da sieht der Likud sich noch inmitten eines historischen Konflikts, in dem die Araber die Juden noch immer ins Meer werfen wollen.“ Dann greift der Ex-Likud-Mann zu einem historischen Gleichnis: „Seelisch sind Schamir und Arafat beide Opfer, Überlebende. Wie sollen die beiden da miteinander reden? Deshalb hat Moses die Israeliten 40 Jahre lang in der Wüste umherwandern lassen, damit alle Sklaven ausstarben, bevor Kanaan erreicht war.“

40 Jahre sind vorbei, wer kommt, wenn die „Sklaven“ abgetreten sind? Dan Meridor, der Justizminister, ist etwa so alt wie die beiden Shafi-Brüder. Er wird den „Kronprinzen“ des Likud zugerechnet, die Schamir beerben könnten. Sein Ressort, von dicken Gitterstäben geschützt, befindet sich in der Ost-Jerusalemer Saladdin-Straße, dort, wo sich die Touristen mehr Schekel für den Dollar als in der Bank besorgen können, wo die Geschäfte auch gänzlich unkoscheren Schinken feilbieten. Sieht er die Dinge auch anders als die Väter? „Madrid war ein wichtiger Schritt nach vorn, prima facie hat sich die arabische Welt verändert. Nach 43 Jahren – unvorstellbar noch vor zwei Monaten – reden die Syrer mit uns. Die Intifada ist zwar frustriert worden, hat aber einen positiven Effekt gehabt: Die Macht hat sich von Tunis in die Gebiete verlagert, die Palästinenser agieren jetzt mit einer Mischung aus Verzweiflung und Selbstvertrauen. Ich hoffe, daß der Status quo sich ändern wird – denn er ist für sie so schlimm wie für uns.“

„Nach der Waldspaziergang- und Ping-Pong-Diplomatie gibt es jetzt die Couch- oder Sofa-Diplomatie“

Zurück hinter die „Grüne Linie“? Da widerspricht er vehement. „Vor 1967 – hatten wir da etwa Frieden? Und die Palästinenser ihren eigenen Staat?“ Auch Meridor setzt auf Bruder Zeit. „Wir haben

den Palästinensern 1979 die Autonomie angeboten, und die haben sie seinerzeit verworfen. Aber sie *kann* funktionieren." Wie das? „Wir halten an unseren Träumen fest, die Palästinenser an ihren. Aber vorläufig verständigen wir uns auf der Grundlage, daß wir uns die Sicherheitsfragen vorbehalten, während die Palästinenser alle internen Angelegenheiten regeln.“ Und dann? Da spricht er fast wie der abtrünnige Amirav, obwohl er alle Generationsunterschiede absreitet. „Nach fünf Jahren werden die schwierigeren Themen leichter anzupacken sein. Wenn die friedliche Koexistenz funktioniert, kann ich mir schon eine Verbindung zwischen Israel, Jordanien und den Palästinensern vorstellen.“ Aber – und er sagt es auf Deutsch: „keine judenreine Westbank“.

In Washington sind die Gespräche zwischen Israelis und Palästinensern buchstäblich im Korridor steckengeblieben. Denn die Israelis wollten nicht ohne die Jordanier mit den Shafis und Ashrawis den Verhandlungsraum betreten, um so zu vereiteln, was die Palästinenser erzwingen wollen: deren De-facto-Anerkennung als separate Kraft. Dennoch: Draußen auf dem Flur, auf der engen Couch, sind beide Seiten intimer miteinander umgegangen als drinnen die Syrer mit den Israelis. Der israelische Verhandlungsführer Rubinstein sieht gar eine neue Ära herandämmern: „Nach der Waldspaziergang- und Ping-Pong-Diplomatie gibt es jetzt die Couch- oder Sofa-Diplomatie.“

Vielleicht hat der Schriftsteller Joram Kaniuk recht: „Wir sind allesamt gefangen im Käfig des Friedens; keiner wagt den Ausbruch. Vielleicht wird allein diese Dynamik alles verändern.“ Immerhin: Das Wörtchen „Dynamik“ enthält schon ein bißchen mehr Miteinander als das Warten auf Bruder Zeit.



142 SIEDLUNGEN, 110 000 jüdische Siedler sind inzwischen am Westufer präsent. Die schraffierten Felder deuten an, wo die neuen Grenzen verlaufen könnten, so es denn zu einem „territorialen Kompromiß“ kommt, den heute sowohl die Palästinenser als auch die Regierung ablehnen. Am Jordan würde eine strategische Auffanglinie entstehen, weiter westlich ein Vorfeld, das die „Wespentaille“ Israels schützen würde.

p d g